

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Ingrid Becker-Inglau
MdB bewertet den
jüngsten Bericht von
Frauenministerin Mer-
kel zur Situation al-
leinerziehender Frauen.
Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein
MdB warnt vor einem
Scheitern der UNO-
Umweltkonferenz im
kommenden Jahr in
Rio: Die EG muß Zug-
pferd werden. (Teil II
und Schluß)
Seite 2

Christoph Matschie
MdB plädiert für die Er-
haltung des Jugend-
senders DT 64: Ein
Stück Identität für viele
Jugendliche.
Seite 4

46. Jahrgang / 233

6. Dezember 1991

Bemerkenswerte Schlußfolgerungen

Aber Bonn muß Frau Merkels gute Absichten auch durchsetzen

Von Ingrid Becker-Inglau MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Nun ist es endlich regierungsamtlich: Ministerin Merkel hat festgestellt, daß mehr als eine Million Frauen ihre Kinder allein erziehen müssen. Von diesen alleinerziehenden Frauen sind etwa 150.000 auf Sozialhilfe angewiesen und warum? Weil Kindertagesstätten fehlen, weil familienfreundliche Arbeitszeiten fehlen, weil Frauen mit Kindern selten eingestellt werden, sind sie gezwungen, zum Sozialamt zu gehen, damit sie wenigstens den Mindestbedarf für sich und ihre Kinder decken können. Die relativ wenigen Mütter, die ihre Kinder tagsüber betreuen lassen können und die eine Arbeitsstelle haben, sind meistens - so stellt auch Frau Merkel fest - durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung dreifach belastet.

Die Schlußfolgerungen der Ministerin aus ihrer Untersuchung sind bemerkenswert, finden wir darin doch alte SPD-Forderungen wieder: Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und verstärkter Ausbau von Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie Verbesserung der Situation Alleinerziehender. Diese Forderungen sind zuletzt in unserem Familien- und Schwangerenhilfegesetz-Entwurf formuliert worden. Diesen Forderungen haben sich auch die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlamentes auf ihrer Konferenz im November 1991 angeschlossen. Sie werden sich besonders dafür einsetzen,

- allen Kindern ein Recht auf einen Kindergartenplatz zu garantieren und darüber hinaus die Kinderkrippenplätze bedarfsgerecht auszubauen,
- Alleinerziehenden vorrangig einen Krippenplatz einzuräumen,
- das für Alleinerziehende gezahlte Bundeserziehungsgeld auf 1.000 DM anzuheben,
- die Leistungen der Unterhaltsvorschußkassen auszudehnen,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



- die Sozialhilfeleistungen für Alleinerziehende zu verbessern,
- die Ausbildungs- und Berufssituation Schwangerer und junger Mütter grundlegend zu verbessern und ihre Chancen zur qualifizierten Wiedereingliederung in den Beruf zu erhöhen,
- Urlaub bei Krankheit von bis zu 14jährigen Kindern auf zehn Arbeitstage je Kind auszuweiten, für Alleinerziehende zwanzig Tage je Kind.

Was tut dagegen die Bundesministerin? In den neuen Ländern, wo Frauen auf ein flächendeckendes Angebot an ganztägiger Kinderbetreuung zurückgreifen konnten, wurden innerhalb nur eines Jahres nach der Eingung Deutschlands zehn Prozent der Krippen- und Kindergartenplätze und sogar 20 Prozent der Hortplätze abgebaut. Die Anträge der SPD auf Kostenbeteiligung des Bundes zur Erhaltung der Kindertagesstätten in den neuen Ländern sind abgelehnt worden. Von der Ministerin dies gar nicht erst beantragt worden.

Wenn wir beobachten, wie in den neuen Bundesländern mit rasanter Geschwindigkeit Krippen und Kindergartenplätze oder Hortplätze wegfallen oder durch kostendeckende Elternbeteiligung unerschwinglich teuer werden, so müssen wir Frau Merkels Konsequenzen mit Skepsis betrachten. Wenn wir sehen, daß die Kindertagesstätten in den neuen Ländern zunehmend mit ABM statt mit festangestelltem Personal arbeiten, daß die Bedarfsrechnung des Ministeriums für Frauen und Jugend nicht berücksichtigt, daß viele der zur Zeit 60 Prozent arbeitslosen, wegrationalisierten Frauen wieder berufstätig werden wollen, ist diese Skepsis berechtigt.

Bisher ist von seiten Ministerin Merkels kein Ansatz zu einer Verbesserung der Situation Alleinerziehender gemacht worden, vor allem nicht beim Ausbau von Kindertagesstätten. Frau Merkel muß sich darüber klar sein, daß ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der Finanzierung nicht allein auf die Bundesländer abgewälzt werden kann. Dies läßt sich auch nicht dadurch verschweigen, daß die Ministerin in der Haushaltsdebatte ihre Rede zu Protokoll geben läßt und noch nicht einmal bei der Beratung ihres eigenen Haushalts anwesend ist. Auch der Bund muß sein Finanzscherlein dazu beitragen, wenn es darum geht, gesellschaftlich notwendige Aufgaben zu erfüllen.

Die SPD wird also weiterhin auf die Durchsetzung ihrer richtigen Forderungen und der dazu notwendigen Finanzierung dringen.

(-/6. Dezember 1991/st/ks)

Die EG muß Zugpferd werden (Teil II und Schluß)

Klimapolitik in der Sackgasse - droht Rio '92 zu scheitern?

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

*** Bremserrolle der USA**

Entscheidend für einen künftigen globalen Klimaschutz ist neben der Position der EG die Haltung der anderen Industriestaaten, voran der USA und Japans. Gerade diese Länder verhalten sich aber retardierend oder blocken wirksame Initiativen sogar ab. Im Gegensatz zu der anfänglich positiven Haltung von Präsident Bush hat die US-Regierung bei allen wichtigen Klimakonferenzen der letzten beiden Jahre die Rolle des Bremsers übernommen (Noordwijk 1989, White-House-Konferenz April 1990, Genf Herbst 1990). Die Begründung ist immer die gleiche, nämlich der Hinweis auf wissenschaftliche Unsicherheiten über die Ursachen der Klimaveränderung und auf weiteren Forschungsbedarf. Im Klartext: ein Alibi für Nichthandeln. Dennoch

steht fest, daß die Haltung der USA für das Gelingen der Konferenz in Rio entscheidend ist: einmal, weil die USA der weltweit größte CO₂-Produzent sind mit einer Jahresemission von über 4,7 Milliarden Tonnen (auch bei der Pro-Kopf-Emission liegen die USA und Kanada an der Spitze), und zum anderen weil ohne die größte Wirtschaftsmacht keine Weltklimakonvention mit bindenden Reduktionsverpflichtungen zustandekommt.

Der Beitrag Japans ist bisher ebenfalls minimal. Er geht über die Bildung eines interministeriellen Rates für globalen Umweltschutz nicht hinaus; konkrete Reduktionspläne liegen nicht vor.

* Funktelle bei den meisten OECD-Ländern

Die uneinheitliche, verschleppende bis abwehrende Haltung vieler OECD-Länder ist scharf zu kritisieren, umso mehr, wenn man bedenkt, daß von diesen 24 Ländern, in der Mehrheit hochentwickelte Industriestaaten, rund die Hälfte aller CO₂-Emissionen pro Jahr ausgehen, (10,9 Milliarden to/a), obwohl der Bevölkerungsanteil nur circa 16 Prozent beträgt.

Eine positive Ausnahme hinsichtlich einer aktiven Klimapolitik bilden die skandinavischen Staaten, Norwegen, Finnland und Schweden, die auch zu den Befürwortern eines internationalen Klimafonds gehören.

Wirt man einen Blick auf die Schwellen- und Entwicklungsländer, so zeigt sich, daß ein rasanter Anstieg des Energieverbrauchs zu erwarten ist.

Indien will die Kohleförderung innerhalb von zehn Jahren verdoppeln; bis zum Jahr 2000 wird ein Anstieg des Energieverbrauchs um 80 bis 130 Prozent erwartet.

China setzt ebenfalls auf die Kohle; die Förderung soll von 400 Millionen to/a auf 1,4 Milliarden to erhöht werden.

Aber selbst bei einem maximalen Anstieg des Energieverbrauchs lägen die Gesamtemissionen Indiens immer noch unter dem Jahresausstoß der heutigen Bundesrepublik; und beim Pro-Kopf-Ausstoß liegt ein Amerikaner heute um den Faktor zehn über einem Chinesen.

Ohne Zweifel gibt es in den Entwicklungsländern riesige Rationalisierungsreserven und hohe CO₂-Minderungspotentiale, sie sind allerdings nur zu nützen mit moderner Technik und entsprechendem Kapitaltransfer.

Nord und Süd sind auch in der Klimaschutzpolitik unauflöslich miteinander verknüpft. Eine Kursänderung im Norden allein verhindert den Klimakollaps nicht, aber ohne eine Kursänderung im Norden wird sich auch im Süden nichts verändern.

Die Europäische Gemeinschaft muß die Rolle eines Zugpferds bei einer vorsorgenden Klimapolitik übernehmen.

Deshalb sollte der EG-Ministerrat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1991 folgende Forderungen verwirklichen:

1. ein verbindliches Stabilisierungsprogramm für die gesamte EG bis spätestens 1998 (EK-Vorschlag: 1995).
2. die Festlegung von CO₂-Reduktionszielen, differenziert nach wirtschaftsstarken und weniger starken Ländern, sodaß in der Summe eine CO₂-Verminderung innerhalb der EG von 20 bis 25 Prozent bis zum Jahre 2005 erreicht wird.
3. Ausgestaltung des EG-Konzepts einer CO₂-Steuer als allgemeiner Energiesteuer (Ausnahme regenerative Energien); Aufstellung eines gestaffelten Stufenplans.
4. die Vorlage eines gemeinsamen Papiers bei der 4. Vorbereitungskonferenz für UNCED 92 mit
 - definierten Mindestzielen für eine Welt-Klimakonvention und
 - Eckpunkten für eine Waldschutz-Konvention der Vereinten Nationen.
5. Entwurf für die Einrichtung eines UN-Klimafonds (Ausgestaltung der Finanzierung und Zweckbestimmung der Gelder).

6. Handlungskonzept für einen umfassenden Technologietransfer in Länder der Dritten Welt, insbesondere für Energiespartechniken und für die Nutzung der Solarenergie sowie anderer erneuerbarer Energiequellen.
7. Vorschlag für die Einrichtung eines UN-Umweltrats, der dem Welt sicherheitsrat gleichzustellen ist, sowie für die Einsetzung eines Umweltgerichtshofs. Aufstellung einer UN-Einsatztruppe zur Abwehr und Bekämpfung von Umweltverbrechen ("Grünhelme").

Voraussetzung für eine erfolgreiche internationale Klimaschutzpolitik ist die ökologische Glaubwürdigkeit der Industriestaaten. Sie müssen durch nationale Pilotprogramme und durch ihr eigenes Verhalten demonstrieren, daß sie zum Umsteuern bereit sind und daß umweltverträgliche Wirtschaftsformen und hohes Wohlstandsniveau sich nicht ausschließen. Mit einer richtungweisenden Klimaschutzstrategie hat die EG die Chance, ein Modell zu entwickeln, das zeigt, daß ökologische Erfordernisse und ökonomische Interessen dauerhaft miteinander in Einklang zu bringen sind. Maastricht könnte der erste Schritt dafür sein.

(-/6. Dezember 1991/st/ks)

DT 64? - DT 64!

Ein Stück Identität für viele Jugendliche

Von Christoph Metachie MdB

"Wohin soll die Nachtigall,
wohin soll ich,
da fehlt 'was,
sagt mir mein Gefühl..."

So klagte der DDR-Liedermacher Gerhard Schöne einst über den grauen, betonierten Osten. Die Heimat weigerte sich Heimat zu sein, weil die Träume, die mit ihr verbunden waren, zerstört wurden, weil die Ohnmacht oft so mächtig war und enttäuscht die Sehnsucht nach Lebensraum.

Es könnte sein, daß es noch immer Leute gibt - oder schon wieder - die noch keine Heimat gefunden haben, keinen Lebensraum im neuen Deutschland. Es könnte sein, daß Menschen Brücken brauchen, um die Kluft zwischen Altem und Neuem zu überwinden. Und wer nimmt nicht gern etwas Vertrautes mit auf den Weg, wenn er Neuland erkundet?

120.000 haben ihre Unterschrift für den Erhalt des Senders DT 64 gegeben. Jugendliche sind auf die Straße gegangen und haben für "ihren Sender" demonstriert. Man schätzt eine Million Stammhörer. Dies sind deutliche Signale dafür, daß für viele Ossis dieser Sender eine wichtige Brücke ist oder auch einfach ein Stück Vertrautes, das sie nicht entbehren möchten auf dem Weg. Man mag stehen zu diesem Sender, wie man will. Ein Heldenfunk ist er sicher nicht gewesen zu Zeiten von Honecker und Mielke. Da arbeiteten Menschen wie an vielen Stellen in der DDR zwischen Anpassung und ein wenig Kritik. Und jetzt finden sich da Redakteure, die selbstkritisch, sensibel und doch selbstbewußt ein neues Radio machen wollen, mit der Sprache des Ostens, den Sorgen und Freuden des Ostens.

Viele haben diesen Versuch, der immer noch den kompromittierenden Namen DT 64 trägt, angenommen. Vielleicht auch deshalb, weil er ein Stück weit auch ihre eigene Veränderung widerspiegelt. Gewiß ist DT 63 nicht der einzige Sender, der bewußt versucht, sich abzuheben von der immer weiter um sich greifenden Ölpest des Hörfunks - dem gesichtslosen Dudelkanal. Aber er ist ein Sender, der dies tut, er ist ein Sender den offensichtlich eine ganze Menge Menschen brauchen - und das sollte den Ausschlag geben für die notwendige politische Entscheidung über Leben und Tod.

Oder bleibt es am Ende doch bei dem fatalen Satz: "Alles wird besser, aber nichts wird gut!"

(-/6. Dezember 1991/st/ks)